

# Humanistische Union

## Mythos Markt

*Über die „sozialen Kosten der Marktwirtschaft“*

*aus : vorgänge Nr. 135 (Heft 3/1996), S. 105-13*

„Unter den Bedingungen profitorientierter Investitionsentscheidungen wird der Produktionsprozeß - die Wahl der Produktionsfaktoren ebenso wie die Bestimmung dessen, was produziert werden soll - ohne vorherige Klärung tatsächlicher Kosten und Konsequenzen gelenkt. Diese Entscheidungslogik ist es, die in der Vergangenheit erhebliche Sozialkosten verursacht hat. Die mangelnde Abschätzung sozialer Kosten hat nicht nur eine gesellschaftlich ineffiziente Ressourcennutzung zur Folge, sondern ermöglicht es einigen, durch den Schaden anderer Erträge zu erzielen.“ Provozierende, unzeitgemäße Sätze: Unsere Marktwirtschaft, das System der freien Marktpreise, das Spiel von Angebot und Nachfrage - sie garantieren, so wird uns Tag für Tag versichert, mit axiomatischer Gewißheit die „optimale Befriedigung der Bedürfnisse“, die „rationale Allokation der Ressourcen“. Weil es in ihr zuviel Mangel und zugleich zu viel Vergeudung gab, ist die bürokratische Planwirtschaft bankrott gegangen. Mangel und Vergeudung existieren aber auch in der bunten Welt freier Märkte?

Ein Beispiel: Eine überwältigende Nachfrage nach Autos trifft auf ein faszinierendes Angebot von Limousinen, Kombis, Geländewagen usw. Das Glück ist aber nicht vollkommen, schließlich kennen wir alle die „schwarze Seite“ des motorisierten Individualverkehrs. Nur gehen die „Wohlstandverluste“ durch Verkehrsunfälle, durch Luftverschmutzung oder Landschaftszerstörung - mindestens einige Dutzend Milliarden Mark jährlich in der Bundesrepublik - nicht oder nur unwesentlich in die Kostenrechnung des „Systems Auto“ ein. Sind die Marktpreise unserer Autos, unseres Benzins eine Fiktion?

Ein anderes Beispiel: Asbest. 150 Jahre lang galt das unscheinbare Mineral als billiger, leicht zu verarbeitender Universalwerkstoff. Asbest steckte im Teppichboden und im Flugzeug, in der Trinkwasserleitung und im Toaster - und, vor allem als Spritzasbest, in unzähligen Gebäuden. Über die Ungefährlichkeit dieses „unverfälschten Naturprodukts“ machte man sich keine großen Gedanken. Vor etwa 20 Jahren bemerkte man, daß Asbeststaub Krebs verursacht. Kosten der weltweiten Asbestsanierung: unbekannt. Sicher hunderte, wahrscheinlicher tausende von Milliarden Dollar. Diese Kosten tragen nicht etwa die Asbest-Hersteller - die in den letzten Jahren meist auf andere „Produktlinien“ umgestiegen sind -, sondern der Staat, die Wohnungswirtschaft, die „privaten Haushalte“.

Noch ein Beispiel. Markt bedeutet Konkurrenz, Konkurrenz bedeutet Auslese, Auslese bedeutet - ziemlich oft - Vernichtung: von Kapital, von Arbeitsplätzen. Ist von den Kosten der Arbeitslosigkeit die Rede, sind gewöhnlich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gemeint. Tatsächlich schieben Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen, die Folgekosten dieser Entscheidung auf die Gesellschaft ab. Die Gesamtwirtschaft wird aber durch die Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung nicht ärmer, da es sich letztlich nur um eine Umverteilung konsumtiver Mittel von den Beschäftigten zu den „Beschäftigungslosen“ handelt. Über fünfzig Millionen Menschen sind gegenwärtig in den westlichen Industrieländern ohne „reguläre“ Arbeit. Eine Arbeitslosigkeit von zehn Prozent bedeutet für die Bundesrepublik eine „ausgefallene Produktion“ von ungefähr 300 Milliarden Mark pro Jahr. Diese „eigentlichen“ Kosten der Arbeitslosigkeit erscheinen jedoch gar nicht erst in der „Gewinn- und Verlustrechnung“ der Marktwirtschaft.

Die „entgangene Produktion“ von Gütern und Dienstleistungen ist nicht alles. Kosten im Gesundheitssystem oder im Sicherheits- und Justizbereich lassen sich ebenfalls der Arbeitslosigkeit „zurechnen“. Die „Freisetzung von überzähligen Beschäftigten“ begünstigt nicht nur Streß, Depressionen, psychosomatische Krankheiten, sondern auch „sozial unerwünschtes Verhalten“, von der Drogensucht bis zur Kriminalität. Seit der „kapitalistischen Revolution“ der achtziger Jahre wird mit eindrucksvoller Selbstverständlichkeit behauptet, der „freie Markt“ sei konstitutives Element einer demokratischen Gesellschaft. Und über den Trümmern des GULAG-Sozialismus leuchtet die Idee der Marktwirtschaft magisch auf.

Vor einem halben Jahrhundert schrieb in den USA ein Wirtschaftswissenschaftler über die „sozialen Kosten der Marktwirtschaft“: „Es ist notwendig, das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und der Leistungsfähigkeit so zu formulieren, daß soziale Kosten und Erträge mit berücksichtigt werden. Mit anderen Worten, wenn die Begriffe ‚Wirtschaftlichkeit‘ und ‚wirtschaftliches Optimum‘ überhaupt einen Platz in der ökonomischen Diskussion haben sollen, dann müssen sie die Gesamtgewinne und Gesamtverluste – auch im Sinne entgangener Möglichkeiten – einschließen.“

Zweifel an der Marktwirtschaft formulierten von der Mitte des 19. Jahrhunderts an vor allem marxistische Ökonomen. Ihnen ging es um das Thema Eigentum, um die Zusammenhänge von wirtschaftlicher und politischer Macht, um die Ursachen sozialer Ungleichheit. Weniger bekannt ist, daß es auch eine lange Tradition nichtmarxistischer Kritik an der „strukturellen Irrationalität“ der Marktwirtschaft gibt – eine Kritik „von innen“ und daher besonders spannend.

Der Autor der „Sozialen Kosten der Marktwirtschaft“, Karl William Kapp – geboren 1910, gestorben 1976 – war der vielleicht profilierteste Vertreter dieser wirtschaftstheoretischen „Gegenströmung“. Er beschäftigte sich mit den „systemischen Wohlstandverlusten“ durch Arbeitslosigkeit, durch „nichtinformativ Werbung“, durch „chemisierte Landwirtschaft“ oder industrielle Luftverschmutzung. Fragen, die erst nach seinem Tod die Menschen in den „entwickelten Industriestaaten“ heftiger bewegten. Er gilt heute als einer der wichtigsten Vorläufer der „grün-alternativen“ Ökonomie, die in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren entstand.

Kapps sozialwissenschaftliches Denken umfaßte einen ungewöhnlich weiten Horizont. Immer wieder plädierte er für die Beachtung der Komplexität sozialer Prozesse, für eine Integration von Wirtschaftswissenschaft, Politologie und Soziologie, er warnte vor der oft hinter der Eleganz mathematischer Modelle lauenden Beschränktheit und Inhaltsleere gerade ökonomischer Theorie. Damit erinnert er an andere „Kritiker des Selbstverständlichen“ wie Gunnar Myrdal, Werner Hofmann oder Immanuel Wallerstein. Am Anfang der „Sozialen Kosten der Marktwirtschaft“ heißt es: „Anstelle einer Prüfung unserer Erkenntnisse durch den Versuch ihrer Widerlegung neigen wir dazu, sie gegen widersprechende Beweise zu verteidigen. Sozialwissenschaftler haben die Tendenz, unhaltbare Positionen durch Verfeinerung ihrer Definitionen oder den Einbezug zusätzlicher Hypothesen zu retten. Wenn neue Daten zutage treten, werden oft energische Anstrengungen unternommen, um ihre Bedeutung und Konsequenzen herunterzuspielen.“ Soll man sich nur auf Technologien einlassen, deren Folgen – und Folgekosten – man überschauen kann? Und was überschauen wir schon – die Chemie, die Atomtechnik, die Genmanipulation? Kapp sah – in den „Wirtschaftswunderjahren“ mit ihrem naiven Fortschrittsglauben höchst ungewöhnlich – die sich rasch akkumulierenden Umweltbelastungen, er tat für einen ‚humanisierten‘ Wohlstandsbegriff ein, der nicht allein Einkommen und Vermögen umfassen sollte.

Auch wenn Kapp durchaus Karriere machte und seine Bücher in großen Verlagen erschienen, so blieb er doch ein Außenseiter im Wissenschaftsbetrieb.

Gerade in den USA gab es aber auch eine lebendige Tradition des politischen und kulturellen Nonkonformismus: etwa die Zivilisationskritik von Henry Thoreau oder Walt Whitman im 19. Jahrhundert, die Emanzipationsbewegung der Schwarzen oder die Anfänge von „Women's Lib“, die militanten Antitrust-Initiativen der Roosevelt- und Eisenhower-Jahre, deren einflußreichster Vertreter der Senator Estes Kefauver war, und sie sich gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht oder „monopolitische Preisgestaltung“ wandten oder die „Konsumismus“-Kritik von Vance Packard.

Oft bezog Kapp sich auch auf andere Persönlichkeiten am Rand der „etablierten“ Sozialwissenschaft wie Max Horkheimer, Karen Horney oder Erich Fromm, deren Werke dann ebenfalls in den siebziger Jahren „neu“ entdeckt wurden.

Nicht in allen Fragen war Kapp seiner Zeit voraus. Manches, auch die oft etwas „buchhalterische“ Sprache, wirkt verstaubt, hinter dem Plädoyer für gesellschaftliche Rationalität steht sicher auch die Sehnsucht nach einem „einfachen“, wenn nicht asketischen Leben.

So sehr er sich gegen autoritäres Denken, für eine Demokratisierung der Gesellschaft engagierte – geradezu fatal wirkt jene Passage seines Hauptwerks, wo er umstandslos Kinderarbeit und Berufstätigkeit von Frauen auf eine Stufe stellt – nicht zuletzt wegen ihrer zerstörerischen Wirkung auf die „Werte der Familie“.

Auch in den ökologischen und empirisch-ökonomischen Details sind Kapps Bücher heute zum Teil überholt, die Forschungsmethoden sind differenzierter geworden. Seine Fragestellungen, seine Grundgedanken aber erscheinen verblüffend aktuell: „Die grundsätzlichen Ursachen der Sozialkosten liegen im Profitstreben mit

der Minimierung der privaten Produktionskosten. Wir verstehen unter Sozialkosten alle direkten oder indirekten Verluste, die dritte Personen oder die Allgemeinheit als Folge einer uneingeschränkten wirtschaftlichen Aktivität zu tragen haben – vorausgesetzt, daß die Möglichkeit besteht, diese Verluste zu vermeiden." Kapp zog die Effizienz der Marktwirtschaft generell in Zweifel. Das Interesse der neuentstehenden „grün-alternativen“ Wirtschaftstheorie – genannt seien nur Ernst Fritz Schumacher, Barry Commoner oder Herman Daly – konzentrierte sich auf die Zusammenhänge von Wirtschaftsweise und Umweltkrise.

Es ist nicht lange her, da galt noch jedes Wirtschaftswachstum, jede Zunahme von Produktion und Verbrauch als Steigerung der Lebensqualität. Mehr Spraydosen, mehr Autos, mehr Kraftwerke – das bedeutete neuen Wohlstand und nichts anderes. Inzwischen spüren wir den „eisigen Schatten“ des Fortschritts. Rechtfertigt der „Sieg über die Zeit“ die über fünfzehn Millionen Unfalltoten seit der Durchsetzung des „Prinzips Auto“? Und hinter der Umweltzerstörung – im Grunde geht es ja weniger um die Natur als um unsere Gesundheit – taucht ein weiteres Gespenst auf: die Kosten der Zerstörung. Die Vermutung: die Marktpreise registrieren diese Kosten unzulänglich oder gar nicht. Frißt am Ende der Fortschritt den „Reichtum der Nationen“ auf? Eine Antwort versucht die Theorie der „gesellschaftlichen Folgekosten“. Kapps Begriff „social costs“, der im Deutschen missverständlich ist, weil man ihn leicht mit „Sozialleistungen“ oder „Sozialausgaben“ verwechselt, wird inzwischen oft durch „gesellschaftliche Folgekosten“ ersetzt.

Eine Warnung vorweg: Eine exakte Berechnung dieser Kosten ist – darauf wies auch Kapp hin – kaum möglich. Es gibt viele ungelöste – und womöglich auch nicht lösbare – Probleme bei der Bestimmung von Ursache-/Wirkungszusammenhängen und bei der finanziellen Bewertung der Verluste. Die errechneten Summen unterscheiden sich nicht selten um das Drei- oder selbst Zehnfache. Daher sind genaue Zahlen weniger interessant als die ungefähren Größenordnungen.

Für die Bundesrepublik werden die gesellschaftlichen Folgekosten der Umweltzerstörung pro Jahr auf mindestens einige Dutzend, wahrscheinlicher aber auf mehrere hundert Milliarden Mark geschätzt. Zum Vergleich: das Bruttosozialprodukt, die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, beträgt etwa 3000 Milliarden Mark. Die ersten Veröffentlichungen zu diesem Thema in den achtziger Jahren wirkten entsprechend sensationell - „Die ökologischen Milliarden“ von Lutz Wicke, „Die große Vergeudung“ von Winfried Schwarz oder „Die heimlichen Kosten des Fortschritts“ von Christian Leipert.

Unumstritten ist die Tendenz: Die „ungewollten Folgekosten“ des „modernen Lebens“ wachsen deutlich schneller als das Sozialprodukt selbst. Mit anderen Worten: drei, zehn, vielleicht sogar über zwanzig Prozent unseres volkswirtschaftlichen outputs, Jahr für Jahr mehr, erweisen sich als „produktivistische Illusion“. So unsicher die Berechnungen nach wie vor sind – sie haben die Einsicht durchgesetzt, daß mehr Wirtschaftsleistung nicht ohne weiteres ein „besseres Leben“ oder mehr Gestaltungsspielräume bedeutet. Auch das Bruttosozialprodukt, der scheinbar zeitlos gültige Maßstab für wirtschaftliche Leistung, wird heute in Frage gestellt. Schon in den siebziger Jahren, mit der Debatte über den Begriff „Lebensqualität“, begann die Suche nach „Nettowohlfahrtsindikatoren“. Die Hauptkritikpunkte gegen die etablierte „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“:

eine bloße Addition von Umsätzen erlaubt keine qualitativen Aussagen;

unbezahlte Leistungen, vor allem „weibliche Reproduktionsarbeit“, erscheinen als ökonomisch wertlos;

Ausgaben für die Reparatur von Umwelt- bzw. Gesundheitsschäden erscheinen als Wachstumsfaktor;

der Reichtum einer Gesellschaft läßt sich daher nur höchst unzuverlässig am Sozialprodukt ablesen.

„Die neuen Begriffe von Reichtum und Produktion werden so zu formulieren sein, daß sie auch nicht in Geld zu bemessende Werte einschließen. Reichtum besteht nicht nur aus Gütern und Diensten, die auf dem Markt gehandelt werden. Er umfaßt auch Werte, die für die Gesellschaft notwendig und nützlich sind, unabhängig davon, ob man sie tauschen oder privat aneignen kann.“ So Kapp 1950.

Inzwischen ist in der Bundesrepublik die Bedeutung der Folgekostenkalkulation für den Umweltbereich auch „offiziell“ anerkannt worden. Das Umweltbundesamt lieferte eine Reihe aufsehenerregender „Schadensrechnungen“. Beim Bundesumweltministerium entstand ein „Beirat Umweltökonomische Gesamtrechnung“, das Statistische Bundesamt wurde mit entsprechenden Analysen beauftragt. Diese Arbeiten stecken freilich noch in den Anfängen.

Wie kommt man den marktwirtschaftlichen „Wohlstandsverlusten“, den übersehenen „Kosten des Fortschritts“ genauer auf die Spur? Zunächst einmal muß man zwischen beabsichtigten und unbeabsichtigten

Effekten unterscheiden. Beispiel Autoverkehr: Ziel des „motorisierten Individualverkehrs“ ist der Gewinn an Zeit und Komfort. In der Regel kommt man mit dem Auto schneller, bequemer und prestigebewußter zur Arbeit oder ins Kino als mit dem Fahrrad oder mit der Straßenbahn. Gleichzeitig hat der Autoverkehr ungewollte, aber in Kauf genommene Konsequenzen, vom Frontalzusammenstoß bis zum Smog. Auch in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft gibt es kostspielige „Sekundäreffekte“, die der Markt ignoriert.

Sicher am wichtigsten: die Belastungen und Risiken durch die industrielle Produktion – der atomare Super-GAU, der vom Risiko zum Restrisiko umdefiniert wurde, der „Treibhaus-Effekt“, die Vergiftung der Flüsse und Meere, Berufskrankheiten von der Allergie bis zum Krebs – und anderes mehr. Die Abgrenzung dieser „ungewollten Effekte“ ist entscheidende Voraussetzung für eine möglichst exakte Ermittlung der „gesellschaftlichen Folgekosten“. Und schon hier, vor den eigentlichen Berechnungen, fangen die Probleme an.

Besonders intensiv erforscht wurde der „tatsächliche Preis“ des Autoverkehrs. Leicht addieren lassen sich etwa die Ausgaben für die medizinische Behandlung von Unfallopfern oder die Werkstattkosten nach Sachschäden. Unbestritten ist, daß Autoabgase Krankheiten verursachen oder verschlimmern – der Effekt des Katalysators wird durch die ständig „explodierenden“ Verkehrsströme wieder aufgewogen. Aber Atemwegserkrankungen können nur in seltenen Fällen auf eine einzige Ursache, z.B. einen bestimmten Luftschadstoff, zurückgeführt werden, „natürliche“ Prozesse sind nicht eindeutig von zivilisationsbedingten zu trennen. Daher läßt sich nur schätzen – etwa durch Vergleiche zwischen „verkehrsreichen“ und „verkehrsarmen“ Regionen –, für welche „Gesundheitskosten“ der Autoverkehr verantwortlich ist. Bei Gebäudeschäden oder beim „Waldsterben“, die ohne Zweifel durch „verkehrsbedingte Emissionen“ mitverursacht werden, ist es ähnlich. Schon aus diesen Gründen überrascht es kaum, daß die verschiedenen Berechnungsergebnisse für die Folgekosten des Autoverkehrs in der Bundesrepublik extrem weit auseinanderliegen. Sie reichen von weniger als 30 bis zu über 200 Milliarden Mark pro Jahr. Fest steht: wir geben maßlose Summen aus, damit unser Auto eine Zukunft hat. Und: ein System öffentlicher Verkehrsmittel – mit vergleichbarer Transportleistung und vergleichbarem Komfort – würde dramatisch niedrigere Gesamtkosten fordern.

Aber die Probleme der Folgekostenrechnung folgen nicht nur aus unübersichtlichen Ursache-/Wirkungszusammenhängen. Manchmal sind die Zusammenhänge klar, aber die Minderung der Lebensqualität läßt sich dennoch nur schwer – oder gar nicht – monetarisieren. „System Auto“: Tod, körperlicher und seelischer Schmerz von Verkehrsopfern oder ihren Angehörigen sind ebenso wenig exakt zu kalkulieren wie die Trauer über die Zerstörung einer Landschaft oder den Stress, „am Puls des Verkehrs“ zu wohnen.

Nicht wenige Wissenschaftler haben aber versucht, auch solche immateriellen Schäden und Verluste zu monetarisieren. Eine Annäherung an den wirtschaftlichen Wert menschlichen Lebens soll z.B. dadurch erreicht werden, daß man das Stück Sozialprodukt berechnet, das ein Bauarbeiter noch erarbeitet hätte, wäre er nicht an Asbest-Krebs gestorben. Eine andere Möglichkeit zur Berechnung immaterieller Werte: man läßt Menschen den Preis bestimmter Güter schätzen.

Wie problematisch solche Versuche sind, zeigt sich daran, daß der Tod eines jungen Programmierers auf der Autobahn „gesamtwirtschaftlich gesehen“ ein beachtlicher Verlust wäre, der Tod seines alten, chronisch kranken Vaters, der mit ihm fuhr, dagegen – so makaber es klingt – ein Gewinn: schließlich spart der Staat hohe Gesundheitskosten und Rentenzahlungen.

Von den Befürwortern solcher Berechnungen wird das willkürliche Moment nicht bestritten. Aber nur so könne eine wirtschaftliche Vergleichbarkeit, um die es ja beim Modell der gesellschaftlichen Folgekosten geht, erreicht werden. Die Mehrzahl der Expertinnen und Experten ist allerdings – wie auch Kapp – der Meinung, bestimmte Verluste und Risiken könnten nicht sinnvoll durch „Geldgrößen“ ausgedrückt werden. Fazit: Die Ausblendung ökologischer Kriterien aus der marktwirtschaftlichen „Erfolgsrechnung“ sorgt nicht nur für billige Güter und Dienstleistungen, sie trägt auch zum Unterhalt vieler Menschen bei und nutzt so uns allen. Oder?

Eine Antwort der Folgekostentheorie lautet: die Reparatur von Gesundheits- und Umweltschäden fördert tatsächlich wirtschaftliches Wachstum. Aber durch solche Reparaturausgaben – auch als „defensive Ausgaben“ bezeichnet – wird kein neuer Wohlstand geschaffen, sondern nur ein schon einmal erreichtes „Wohlstandsniveau“ wiederhergestellt. Das „Unfallauto“ endet in der Stahlschmelze, ein Neuwagen kommt

in die Garage. Der Neuwagen ist nur Ersatz für das zerstörte Auto, der gesellschaftliche Reichtum ist nicht gewachsen.

Kapp machte nicht nur auf die übersehenen Folgekosten „marktgängiger“ Technologien aufmerksam. Der zentrale ökonomische Mechanismus des Markts, die Konkurrenz, fordert einen noch viel höheren Preis. Dieser kritische Ansatz spielte, anders als Kapps Arbeiten zur Umweltökonomie, für die „grüne“ Wirtschaftswissenschaft kaum eine Rolle.

In den zweihundert Jahren seit der „Industriellen Revolution“ hat es gerade zwei Jahrzehnte – die fünfziger und sechziger Jahre unseres Jahrhunderts – ohne größere Krisen und mit annähernder Vollbeschäftigung gegeben. „Normal“ für die Marktwirtschaft sind offensichtlich ständig neue Disproportionen im „Kampf aller gegen alle“ – der Zyklus von Boom und Rezession. Von den Kosten der Arbeitslosigkeit war schon die Rede. Werden die sozialen Vorteile des Konkurrenzmechanismus – Innovation und Angebotsvielfalt – ganz oder teilweise durch solche Defizite aufgewogen?

Kapp verwies auf die gesamtwirtschaftliche Vergeudung durch den Aufbau von Überkapazitäten in der „Hochkonjunktur“ und ihre anschließende „Entwertung“ in der Krise. Häufig werden moderne, technologisch konkurrenzfähige Produktionsanlagen stillgelegt, weil andere Unternehmen billiger produzieren oder aggressiver verkaufen. Aber auch bei der Durchsetzung technologisch überlegener Alternativen ist nicht sicher, daß der „Wohlfahrtsgewinn“ tatsächlich die gesellschaftlichen Folgekosten des Umbruchs aufwiegt. Eine aktuelle Frage, auf die es auch aus der „alternativen“ Wirtschaftstheorie keine Antwort gibt: wieviel „Nettonutzen“ bringt die „Globalisierung“? Für die Folgen „destruktiver“ Marktprozesse – Arbeitslosigkeit, Kapitalvernichtung, Niedergang ganzer Regionen – kommt die Gesellschaft auf. Kapp hatte schon in den fünfziger Jahren versucht, die so für die USA entstandenen jährlichen Verluste – von der Dequalifikation von Arbeitskräften bis zum wachsenden staatlichen Haushaltsdefizit – zu berechnen. Seine Arbeiten lösten nicht einmal Polemik aus, sie wurden einfach ignoriert. „Heute ist die privatwirtschaftliche Forschung vielfach so organisiert, daß hochqualifizierte und knappe wissenschaftliche Ressourcen für parallele Projekte verwendet werden. Wettbewerbs- und Gewinnerwägungen haben es unmöglich gemacht, zu einer Koordination der in den verschiedenen Konzernen in Gang befindlichen Arbeit zu gelangen. Tatsächlich tendiert die Industrieforschung zu äußerster Geheimhaltung, es gibt keinen Informationsaustausch über die gerade untersuchten Probleme und die praktischen Resultate. Infolgedessen gibt es keine Gewähr dafür, daß nicht kostspielige Doppelkapazitäten auch in der Forschung aufgebaut werden.“

Kapp beschäftigte sich nicht nur mit der „marktbedingten Entwertung“ intakter Produktionsanlagen in der Rezession. Er kritisierte auch die vielen gesamtwirtschaftlich irrationalen „Parallelaktivitäten“ unter konjunkturellen „Gleichgewichtsbedingungen“ — etwa in den Bereichen Marketing, Unternehmensverwaltung oder Industrieforschung.

Dabei bedeutet „gesamtwirtschaftlich überflüssig“ etwa, daß man stattdessen andere Produkte entwickeln und anbieten könnte. Kapp wies besonders auf das fast identische Leistungsangebot von Banken und Versicherungen hin. Wenn heute immer häufiger von den immensen „Synergieeffekten“ bei Unternehmensfusionen gesprochen wird, dann sind gerade solche „Parallelaktivitäten“ gemeint.

Noch ein Satz zu den „Sozialen Kosten der Marktwirtschaft“: „Nur indem sie ihre Grundbegriffe des Reichtums und der Produktion neu formuliert und erweitert, wird die Nationalökonomie endlich ein unvoreingenommenes und kritisches Verständnis des Wirtschaftsprozesses erlangen.“

Die Folgekostenrechnung präsentiert den Preis unserer Lebensweise „auf lange Sicht“. Sie könnte uns auf jeden Fall helfen, Geld oder Arbeitszeit oder beides zu sparen — und vielleicht auch, „bewußter“, mit weniger Streß, zu leben. Flucht aus der Wirklichkeit? Wenn wir mit dem Auto zur Arbeit fahren, sind wir jeden Tag — wenn gerade kein Stau ist — viel schneller als mit der Straßenbahn. Gleichzeitig arbeiten wir jeden Tag ein oder zwei Stunden länger, um die höheren Kosten des Autos und seine vielen Folgekosten zu bezahlen. Aber heißt Leben nicht verbrauchen, vernichten? Kapp hielt auch hohe Folgekosten für akzeptabel, wenn sie durch einen besonderen sozialen Nutzen aufgewogen würden. Selbst wenn man alle Folgekosten berücksichtigt, deckt sich das wirtschaftliche eben nicht ohne weiteres mit dem sozialen oder technischen Optimum. Die Annahme, umweltverträgliche Lösungen erwiesen sich immer auch als billiger, wäre naiv. Dennoch: rationale Entscheidungen lassen sich nur treffen, wenn die Folgekosten möglichst vollständig berechnet und in das Kosten-Nutzen-Kalkül einbezogen werden.

Die Folgekostenrechnung kann nur ein Kriterium unter anderen für wirtschaftliche, technologische und

politische Entscheidungen sein. Nützlich ist sie etwa, wenn Alternativen im Umweltschutz mit dem Hinweis auf unvermeidbare Kosten blockiert werden. Das selbstverständliche Doublethink: jede Subvention für Busse und Bahnen (und damit für eine Verringerung der Umweltzerstörung) erscheint als verdächtig, die kolossalen indirekten Subventionen für den Autoverkehr und seine Folgen dagegen sind kein Thema. Oder: die unbezahlbaren Solarkraftwerke werden sofort wesentlich billiger, wenn man sie mit dem Preis der einen Katastrophe von Tschernobyl verrechnet. „Es gibt keine Gewähr dafür, daß die Sozialkosten angemessen in den Unternehmen berücksichtigt werden. Tatsächlich muß die Wirtschaft des freien Unternehmertums als eine Wirtschaft der unbezahlten Kosten bezeichnet werden, unbezahlt insofern, als ein erheblicher Anteil der tatsächlichen Kosten in den Kalkulationen des Unternehmers gar nicht erscheint. Diese Kosten werden auf Dritte oder auf die Gesellschaft abgewälzt und auch letztlich von diesen getragen.“

Die Frage, wie eine alternative Wirtschaftsordnung aussehen könnte, ließ Kapp offen. Ist eine ökologische Marktwirtschaft, in der alle Folgekosten „internalisiert“, also in die Preisrechnung der Unternehmen einbezogen werden, möglich?

Läßt sich „nicht-destruktive“ Konkurrenz organisieren? Kann eine annähernd krisenfreie Marktwirtschaft durch „Staatsintervention“ garantiert werden? Ist nach den trostlosen Ergebnissen sozialdemokratischer „Globalsteuerung“ in den siebziger und frühen achtziger Jahren nicht jede „Regulierung“ der Marktwirtschaft diskreditiert? Erst recht: Kann man nach der katastrophalen Geschichte der Planwirtschaft sowjetischen Typs unbefangen über Modelle einer „partizipativen“, demokratisch geplanten Ökonomie sprechen?

---

<https://www.humanistische-union.de/thema/mythos-markt/>

Abgerufen am: 03.08.2024